

Zittau/Görlitz (FH). In: Engelke, Ernst (Hrsg.): a.a.O. 1996a, S. 125-149

Kultusministerkonferenz: Realisierung der Ziele der Bologna-Erklärung in Deutschland – Sachstandsdarstellung Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 10.11.2000

Kultusministerkonferenz: Ländergemeinsame Strukturvorgaben gemäß § 9 Abs. 2 HRG für die Akkreditierung von Bachelor- und Masterstudiengängen. Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 10.10.2003

Müller, Werner: Abwertung des Diplomstudiums zu befürchten. Die Einführung von Bachelor- und Master-Studiengängen bringt mehr Nachteile als Vorteile für den sozialen Beruf. In: Blätter der Wohlfahrtspflege 9/10/2001, S. 211-215

Pfaffenberger, Hans: Zu Entwicklung und Reformen der Ausbildung für das Berufsfeld „Sozialarbeit/Sozialpädagogik“ von 1945 bis 1995. In: Engelke, Ernst (Hrsg.): a.a.O. 1996a, S. 28-54

Rauschenbach, Thomas; Züchner, Ivo: Soziale Berufe. In: Otto, Hans-Uwe; Thiersch, Hans (Hrsg.): Handbuch Sozialarbeit/Sozialpädagogik. Neuwied 2001, S. 1649-1667

Salomon, Alice: Die Ausbildung zur sozialen Berufssarbeit. In: Die Frau 5/1917, S. 263-276

Schilling, Johannes: Soziale Arbeit: Entwicklungslinien der Sozialpädagogik/Sozialarbeit. Neuwied 1997

Seidenstücker, Bernd: DDR: Gesundheitswesen, Sozialwesen, Jugendhilfe. In: Otto, Hans-Uwe; Thiersch, Hans (Hrsg.): a.a.O. 2001, S. 232-242

Wendt, Wolf Rainer: Geschichte der sozialen Arbeit. Stuttgart 1985. Zitiert in: Schilling, Johannes: Soziale Arbeit: Entwicklungslinien der Sozialpädagogik/Sozialarbeit. Studienbücher für soziale Berufe. Neuwied 1997

Rundschau

► Allgemeines

DZI Spenden-Almanach 2005/6. Der neue Spendenratgeber des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen (DZI) enthält eine ausführliche, vom Bundesministerium für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit finanzierte Studie zur Tsunami-Kampagne, viele Spendertipps und Einzelporträts aller 200 Organisationen, die das DZI Spenden-Siegel tragen (Preis einschließlich Porto und Verpackung: 14 Euro). Zeitgleich ist das neue Spenden-Siegel-Bulletin 2/05 erschienen, das Faltblatt mit Namen, Adressen und Kontonummern der Organisationen, denen auf freiwilligen Antrag und nach erfolgreicher Prüfung das DZI Spenden-Siegel zuerkannt wurde. Die Positivliste kann gegen Zusendung von drei Briefmarken zu 55 Cent bestellt werden: DZI, Bernadotestr. 94, 14195 Berlin, Tel.: 030/83 90 01-0, Fax: 030/831 47 50, E-Mail: sozialinfo@dzi.de

Projekt des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) in Palästina. Das DRK errichtete zusammen mit dem Palästinensischen Roten Halbmond bis Ende 2005 zwei Gemeinschaftszentren in Tubas und Jericho. Knapp 100 000 Einwohner und Einwohnerinnen erhalten so Zugang zu medizinischer und sozialer Versorgung. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit förderte das Projekt mit 300 000 Euro. 130 Beschäftigte und ehrenamtlich Tätige des Palästinensischen Roten Halbmonds sind in diesen Städten im Einsatz. In den Gemeinschaftszentren werden Rettungsdienste, ein medizinischer Notrufdienst und psychosoziale Betreuung angeboten. Weitere Hilfsleistungen der Gemeinschaftszentren umfassen Sozialprojekte für Jugendliche, soziale Fürsorge für ältere Menschen, Basisgesundheitsdienste und Physiotherapie. Quelle: *helfen und retten 1.2006*

Beschäftigung älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Mehrere arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, die 2005 auslaufen sollten, werden in diesem Jahr fortgeführt. Dazu gehören solche, die Unternehmen Anreize bieten, ältere Mitarbeitende zu beschäftigen. So brauchen Arbeitgeber, die Personen über 55 Jahre einstellen, für diese auch 2006 keine Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zu entrichten. Außerdem gewährt die Bundesagentur für Arbeit (BA) Unternehmen, die Beschäftigte über 50 Jahre extern weiterbilden lassen, weiterhin Zuschüsse. Diese Firmen dürfen allerdings nicht mehr als 100 Mitarbeitende beschäftigen. Um Arbeitslosen über 50 Jahre Anreize zu geben, eine Stelle anzunehmen, sei sie auch geringer bezahlt als die vorherige, kommt die BA für 50 % des Differenzbetrages zum letzten Nettolohn auf. Diese Maßnahme soll den Lebensunterhalt dieser Beschäftigten sichern helfen. Der Zuschuss wird für den Zeitraum gewährt, in dem die älteren Arbeitslosen Anspruch auf Arbeitslosengeld I gehabt hätten. Zusätzlich stockt die BA bei diesen Berufsrückkehrenden die Beiträge zur Rentenversicherung auf. Quelle: *Barmer Briefe 4.2005*

Vielfalt fördern – Zusammenhalt stärken. Das Integrationskonzept für Berlin. Hrg. Der Beauftragte des Berliner Senats für Integration und Migration. Selbstverlag. Berlin 2005, 87 S., keine Preisangabe *DZI-D-7438*

Diese Broschüre veröffentlicht das umfassende Integrationskonzept des Senats von Berlin. Im Zentrum stehen die aktuellen und künftigen Herausforderungen der Integrationspolitik und die entsprechenden Anforderungen an die Landespolitik. Der Senat von Berlin möchte mit diesem Konzept deutlich machen, welche Chancen die Stadt mit ihren insgesamt circa 600 000 Migrantinnen und Migranten (darunter 450 900 Ausländerinnen und Ausländer, also Personen ohne deutschen Pass) hat, aber auch welche Probleme und Herausforderungen damit verbunden sind. Berichtet wird, wie die Landesregierung reagiert hat und tätig geworden ist, wo die Schwerpunkte der künftigen Integrationspolitik liegen sollen. Bestellschrift: Der Beauftragte des Berliner Senats für Integration und Migration, Potsdamer Str. 65, 10785 Berlin, Tel.: 030/90 17-23 51, Fax: 030/262 54 07

E-Mail: Integrationsbeauftragter@auslb.verwalt-berlin.de

Deutscher Sozialpreis 2006. Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) verleiht seit 1971 jährlich diesen Medienpreis für herausragende Arbeiten zu sozialen Themen. Dabei steht die Wirkung auf das gesellschaftliche Bewusstsein im Mittelpunkt. Ausgezeichnet werden Beiträge in den Sparten Print, Hörfunk und Fernsehen, die sich mit den besonderen Situationen oder Problemen Not leidender und sozial benachteiligter Gruppen in Deutschland auseinander setzen. Der Preis ist mit insgesamt 15 000 Euro dotiert und gehört zu den vierzig wichtigsten Journalistenpreisen in Deutschland. Zugelassen sind Beiträge aus den drei Sparten, die im Jahr 2005 erstmals in allgemein zugänglichen Medien veröffentlicht wurden und über den bloßen Nachrichtenwert hinausgehen. Ausgeschlossen sind wissenschaftliche oder fiktionale Beiträge, die Fachpresse sowie Gesprächsrunden. Einsturzschluss ist der 1. März 2006. Information: BAGFW, Deutscher Sozialpreis, Oranienburger Str. 13-14, 10178 Berlin

► Soziales

Leben von der Hand in den Mund. Das erste Jahr mit Hartz IV hat die Armut verschärft. Diese Bilanz zieht die Caritas in der Diözese Münster aus Statistiken und vor allem den Erfahrungen der Mitarbeitenden ihrer Dienste. „Mehr als ein Drittel der Bevölkerung lebt unmittelbar von der Hand in den Mund“, stellte der Referatsleiter Soziale Arbeit Dr. Thien fest. Einen großen Zuspruch erlebt die Caritas in Suppenküchen, Kleiderkammern, Sozialkaufhäusern, Sozialbüros und allen Beratungsstellen. Doch „hier sind wir nur Reparaturmeister sozialer Notlagen“, bedauert Dr. Thien. Um an den Ursachen etwas zu ändern, hat der Wohlfahrtsverband mit den örtlichen Diensten eine Liste mit 60 Kritikpunkten und sich daraus ergebenden Forderungen nach Veränderungen an den Hartz-Reformen erarbeitet. Ein Hauptpunkt darin: Die betroffenen Menschen benötigen wieder einmalige Beihilfen, vor allem wegen der gestiegenen Energiepreise. Immer mehr Haushalte, die Sozialhilfe oder Arbeitslosengeld II beziehen, können Strom und Öl nicht mehr bezahlen. Insgesamt sei der Bedarf eher willkürlich und in vielen Bereichen zu gering angesetzt, wie Nachrechnungen der Wohlfahrtsverbände ergeben

haben. Ausgeglichen wird die Not teilweise durch die von hunderten von Ehrenamtlichen betriebenen Kleiderkammern, Suppenküchen und sozialen Einkaufsläden. Quelle: Presse-Information des Caritasverbandes für die Diözese Münster e.V. vom 5. Januar 2006

Aus der Praxis für die Praxis. Das Verwaltungs- und Widerspruchsverfahren in der Sozialhilfe und Grundsicherung für Arbeitsuchende. Von Susanne Schacht. KBW Fachbuchverlag. Martinroda 2005, 170 S., EUR 18,50 *DZI-D-7377* Diese Veröffentlichung soll sowohl dem Personal der betroffenen Verwaltungen, die mit den Sozialgesetzbüchern XII und II zu tun haben, als auch anderen Interessierten aus Betreuungsvereinen oder Wohlfahrtsverbänden eine verständliche Einarbeitung in die komplexe Rechtsmaterie unter Berücksichtigung der gesetzlichen Neuregelungen seit Januar 2005 geben. Die Praxis zeigt, dass häufig durch Unkenntnis im Verfahrensrecht bestehende Ansprüche sowohl der Hilfe Suchenden, aber auch der Verwaltung nicht geltend gemacht werden können. Hier wird der verfahrensrechtliche Weg von der Antragstellung bis zum Erlass der Entscheidung beziehungsweise von der Erhebung des Widerspruchs bis zur Entscheidung über den Widerspruch beschrieben, durch Beispiele und Musterschreiben aus der behördlichen Praxis ergänzt und damit eine Hilfestellung zur Vermeidung von Verfahrensfehlern gegeben. Bestellung über KBW Fachbuchverlag, Heydaer Str. 22, 98693 Martinroda, Tel.: 036 77/79 21 73, Fax: 036 77/79 77 71, E-Mail: info@kbw-fachbuchverlag.de

Neue Werte in der gesetzlichen Rentenversicherung. Seit Januar 2006 liegt in den alten Bundesländern die Beitragsbemessungsgrenze bei 5 250 Euro Bruttoeinkommen je Monat, in den neuen Bundesländern bei 4 400 Euro. Bis zu diesem Betrag sind in der Rentenversicherung 19,5 % als Beiträge zu entrichten, die sich Arbeitgeber und Beschäftigte je zu Hälften teilen. Der niedrigste freiwillige Beitrag beträgt für das Jahr 2006 im gesamten Bundesgebiet 78 Euro pro Monat. Er kann zum Beispiel wichtig sein, um den Anspruch auf eine Erwerbsminderungsrente zu sichern. Wer eine vorgezogene Altersrente vor dem 65. Lebensjahr bezieht, darf monatlich höchstens 350 Euro hinzuerlösen, bei Teilrenten ist dieser Betrag höher. Ab dem 65. Lebensjahr kann man ohne Auswirkungen auf die Rente so viel hinzuerlösen, wie man möchte. Quelle: Pressemitteilung der Deutschen Rentenversicherung Hessen 1.2006

Kontoauszüge von Hartz IV-Beziehenden. Empfängerinnen und Empfänger von Sozialleistungen dürfen nach Auffassung von Datenschützern kleinere Geldabbuchungen auf ihren den Behörden vorzulegenden Kontoauszügen schwärzen. Sie müssten sogar auf diese Möglichkeit hingewiesen werden, wenn Jobcenter und Sozialämter zur Überprüfung der Bedürftigkeit Kontoauszüge anfordern, heißt es in einem gemeinsamen Papier der Datenschutzbeauftragten Berlins, Brandenburgs, Hamburgs, Mecklenburg-Vorpommerns, Sachsen-Anhalts und Schleswig-Holsteins. Einsicht in ihre Kontoauszüge dürfen sie den Behörden aber nicht verweigern. Bei kleineren Geldausgaben bis 50 Euro können sie nach Auffassung der Datenschutzbeauftragten aber die bis zu den Einzelbuchungen aufgeführten Texte in der Regel schwärzen. Lesbar bleiben muss der Geldbetrag, damit Kontostände überprüft werden können.

nen. Ob das Schwarzen von größeren Geldabbuchungen zulässig ist, hänge vom Einzelfall ab. Geldeingänge dürften nicht unlesbar gemacht werden. Von den Sozialbehörden verlangen die Datenschützer, mit Augenmaß nur die im Einzelfall erforderlichen Informationen zu den Einkommensverhältnissen zu erheben. Die Daten von Kontobewegungen dürfen nach ihrer Ansicht nicht gespeichert werden.
Quelle: SoVD-Zeitung 1, 2006

Quellen des Dritten Reiches

► Gesundheit
Rheinland: 30 %

Kreisland: 30 000 Kinder lernen gesund: An dem Programm „Gesund macht Schule“ der Ärztekammer Nordrhein und der AOK Nordrhein nehmen rund 240 Grundschulen im Schuljahr 2005/2006 teil. Das gemeinsame Angebot von Ärzten und Gesundheitskasse macht es Grundschulen leicht, Themen wie „Menschlicher Körper“, „Bewegung und Entspannung“, „Essen und Ernährung“ sowie Sexualerziehung und Suchtprävention in den Unterricht zu integrieren. Es werden Ärztinnen und Ärzte als Referenten für die Schulstunden und für Elternabende sowie Unterrichtsmaterialien für die Elternarbeit zur Verfügung gestellt. Wie erfolgreich das mittlerweile seit 2001 bestehende Programm ist, von dem jährlich 30 000 Kinder profitieren, zeigen Untersuchungen der Universität Bielefeld: 49 % der Projektsschulen haben regelmäßige Bewegungspausen eingerichtet, 31 % haben ein gesundes Schulfrühstück eingeführt und 30 % machen den Eltern gesundheitsbezogene Beratungsangebote. Vorbeugung dieser Art ist nötig, denn bei Kindern und Jugendlichen nehmen vor allem Allergien, Haltungsschwächen, Konzentrations- und Essstörungen sowie psychosomatische Erkrankungen wie Kopfschmerzen und Depressionen zu. Quelle: *Gesundheit und Gesellschaft* 12.2005

Bundesverband NeuroRehabilitation gegründet. Auf der Grundlage des Sozialgesetzbuches IX und unter Mitwirkung des Bundesgesundheitsministeriums wurde 2005 der Bundesverband NeuroRehabilitation e.V. als Dachverband aller an der NeuroRehabilitation Beteiligten und/oder Partizipierenden gegründet. Inzwischen sind bereits mehr als 100 Fachgesellschaften, Berufsverbände, Träger von Einrichtungen, Behindertenverbände und überregionale Selbsthilfegruppen beigetreten. Alle Phasen und Formen der neurologischen Rehabilitation, von der Akutbehandlung bis zur Langzeitpflege, von der stationären bis zur ambulanten Rehabilitation, werden durch die Mitglieder des Bundesverbandes repräsentiert. Dieser soll die verschiedenen Interessen der Mitglieder koordinieren und Lobbyarbeit betreiben. Anschrift: Bundesverband NeuroRehabilitation e.V., Waldstr. 2-10, 53177 Bonn-Bad Godesberg, Tel.: 02 28/381-226, Fax: 02 28/381-640
E-Mail: r.radzuweit@bv-neuroreha.de

„.... ich lebe gern!“ Stellungnahmen von Betroffenen.
Hrsg. LIS e.V. Selbstverlag. Berlin 2005, 73 S., EUR 5,-
DZI-D-7350

In dieser Broschüre, die sich an Betroffene, im therapeutischen Bereich Tätige und an generell Interessierte wendet, dokumentiert der Verein LIS e.V. eine Umfrage zu Themen der Medizinethik unter vom Locked-in-Syndrom betroffenen Personen. Das Locked-in-Syndrom ist eine besonders schwere Verlaufsform des Schlaganfalls, bei dem die Betroffenen schlimmstenfalls von den Augen abwärts gelähmt

sind und weder selbsttätig atmen und schlucken, noch sprechen können. Naturgemäß fühlen sich diese kranken Menschen von der Debatte, ab wann ein Menschenleben noch als solches angesehen werden darf, besonders bedroht, denn im Falle ihrer Erkrankung werden die Fortschritte der Patienten und Patientinnen erst langsam und über einen langen Zeitraum sichtbar, während die Betroffenen vom ersten Moment ihres Schicksals an im Vollbesitz ihrer geistigen und seelischen Fähigkeiten und Eigenschaften bleiben. In dieser Veröffentlichung sind die Stellungnahmen von Betroffenen sowie eine Resolution enthalten, die zum Abschluss des Europäischen Jahres der Menschen mit Behinderung beschlossen wurde. Bestellanschrift: Förderverein zur Gründung einer Stiftung zur Verbesserung der Lebensumstände von Menschen mit dem Locked-in-Syndrom – LIS e.V., Geschäftsstelle im Ev. Krankenhaus Königin Elisabeth Herzberge, Herzbergstr. 79, Haus 30, 10365 Berlin, Tel./Fax: 030/54 72 52 70
E-Mail: pantkelis@aoo.com

Mit den Händen lesen. Im Jahre 1825 erfand der Franzose Luise Braille im Alter von 15 Jahren die Blindenschrift, die bis heute ohne große Veränderungen gilt. Die Punktschrift hat blinden Menschen weltweit die Tür zum Lesen geöffnet. Leider lernen in Ländern der Dritten Welt die wenigsten blinden Kinder diese Schrift kennen, da es viel zu wenig Schulplätze gibt. „Nur 10 % aller blinden Kinder weltweit können zur Schule gehen und die Brailleschrift erlernen. Um den Millenniumszielen der Vereinten Nationen nach einer allgemeinen Schulbildung gerecht zu werden, muss hier noch viel getan werden“, erklärte Martin Georgi, Direktor der Christoffel-Blindenmission aus Anlass des Welt-Braille-Tags, dem 4. Januar. Während im Zeitalter des Computers viele blinde Menschen in Europa den PC nutzen, stehen in Entwicklungsländern nicht einmal genügend Blinden-Schreibmaschinen zur Verfügung. Dort wird zumeist die Punktekombination, aus der sich jeder einzelne Buchstabe zusammensetzt, noch mit einem Griffel in das Papier gedrückt. Dabei müssen Blinde in Spiegelschrift von rechts nach links schreiben, denn nur so können sie nach Umwenden des Papiers die Buchstaben in der richtigen Reihenfolge tastend lesen. Quelle: Pressemeldung der Christoffel-Blindenmission vom 3. Januar 2006

► Jugend und Familie

Handlungspflicht in Gefahrensituationen. Die neue Handlungspflicht erleichtert die Arbeit in Jugendämtern und Kindertagesstätten. Die pädagogischen Fachkräfte haben nun juristische Klarheit, wenn sie ein Kind auf Verdacht aus seiner Familie nehmen. Sollte sich später zeigen, dass doch keine Notlage besteht, behalten sie trotzdem Recht. „Vorher hätten die Pädagoginnen und Pädagogen fürchten müssen, dass ein Gericht in diesem Fall ihr Eingreifen missbilligt“, erklärte Cornelie Bauer, Geschäftsführerin des Bundesverbandes für Erziehungshilfe in Hannover. Das Eingreifen bleibt dennoch ein Balanceakt: Einerseits müsse man in akuten Problemsituationen sofort einhaken und Kinder in Obhut nehmen. Andererseits müsse man Eltern vermitteln, dass sie sich gefahrlos in Erziehungsfragen vom Jugendamt beraten lassen können und nicht befürchten müssen, man nehme ihnen ihr Kind weg. Erziehungshilfe funktioniert optimal, wenn Problemsituationen frühzeitig erkannt werden, zum Beispiel an alters-

untypischem Verhalten des Kindes. Nach Erfahrung Bauers nehmen die meisten Eltern dann gern Hilfe an, denn in diesem Stadium spricht ihnen die Öffentlichkeit noch keine Schuld zu. Bei schwerwiegender Vernachlässigung, starker Abmagerung oder anscheinendem Missbrauch kommt ambulante Hilfe jedoch zu spät. Wichtig sind zudem Nachbarn und Bekannte, die die Not einer Familie erkennen und sie rechtzeitig bei gezielten Maßnahmen unterstützen. Quelle: Pressemitteilung von TM sozial vom 22. Dezember 2005

JugendRinge. Praxisbuch R. Praxisbuch Ringe & Raumausstattung. Hrsg. Landesjugendring Niedersachsen e.V. Selbstverlag. Hannover 2005, 96 S., EUR 1,50 *DZI-D-7220* In diesem Heft geben zehn Grundlagentexte einen Überblick über die aktuellen Aufgaben und Themen der kommunalen Jugendringarbeit. Ergänzt werden die Texte mit mehr als 30 Bausteinen für eine innovative Arbeit. Diese Bausteine wurden von verschiedenen Jugendringen erprobt und sind so beschrieben, dass sie mit geringem Aufwand von den ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auf kommunaler Ebene umgesetzt werden können. Bestellanschrift: Landesjugendring Niedersachsen e.V., Maschstr. 24, 30169 Hannover, Tel: 05 11/80 50 55, Fax: 05 11/80 50 57, E-Mail: info@ljr.de

Neues Rechtsportal im Internet. Seit Oktober 2005 gibt es ein neues Internetportal mit Ratgebern zu verschiedenen Rechtsgebieten. Unter www.familienrecht-ratgeber.de können umfangreiche und kostenlose Informationen zu Fragen rund ums Familienrecht abgerufen werden. Der Ratgeber wurde von spezialisierten Fachleuten verfasst und ist in einer Sprache gehalten, die auch für Nichtjuristen verständlich ist. Das Rechtsportal wird ständig aktualisiert und um weitere Themen ergänzt. Quelle: Stimme der Familie 11-12/2005

Weltentwicklungsbericht 2007. Junge Menschen zwischen 12 und 24 Jahren sind das Thema des Weltentwicklungsberichts (WDR) 2007. Erhalten junge Menschen durch die Erziehungssysteme das notwendige Rüstzeug für die Anforderungen der sich wandelnden Ökonomien? Welche Unterstützung bekommen sie beim Eintritt in den Arbeitsmarkt? Können sie sich frei dorthin bewegen, wo es Arbeit gibt? Wie lassen sich die gravierenden Folgen von Risikoverhaltensweisen – etwa Tod durch HIV/AIDS und Drogenabhängigkeit – vermeiden? Der Bericht sucht nach Antworten darauf, wie die Wirtschaftspolitik junge Menschen bei den entscheidenden Punkten auf dem Weg ins Erwachsenenleben unterstützen kann: Übergang von der Schule in die Ausbildung, Gesundheitsprävention, Eintritt ins Arbeitsleben, Familiengründung und Förderung der aktiven Bürgerschaft. Der WDR 2007 wird von der Weltbank erstellt und soll im September 2006 veröffentlicht werden. Weitere Informationen unter www.web.worldbank.org Quelle: IJAB-Informationen 5-6.2005

Auf dem Weg zum anderen Ufer. Lesbische und schwule Jugendliche im Coming-out. Dokumentation. Hrsg. Hessischer Jugendring und andere. Selbstverlag. Wiesbaden 2004, 64 S., kostenfrei* DZI-D-7248*

Auf ein ganz neues Gebiet begab sich der Hessische Jugendring, als er im Jahr 2001 einen Schwerpunkt in seiner Arbeit auf das Themenfeld Homosexualität in der Jugend-

hilfe setzte. In den vergangenen Jahren konnte nicht zuletzt auf Grund sinnvoller Kooperationen mit dem Hessischen Sozialministerium einiges bewegt werden: Veröffentlichungen und Fortbildungsveranstaltungen zeugen von den Ideen und Anregungen, die in die Tat umgesetzt wurden. Dieser Reader gibt die Referate und Workshops einer Tagung wieder, unter anderem von Udo Rauchfleisch zum Thema „Homophobie in der Sozialen Arbeit“ und von Gisela Wolf zur psychosozialen Situation lesbischer, schwuler, bisexueller und transidenter Jugendlicher und den Anforderungen an die Jugendhilfe. Bestellanschrift: Hessischer Jugendring e.V., Schiersteiner Str. 31-33, 65187 Wiesbaden, Tel.: 06 11/99 08 3-0, Fax: 06 11/990 83 60 E-Mail: info@hessischer-jugendring.de

Kostenfreier Bezug von KomDat Jugendhilfe. Der Informationsdienst zur amtlichen Kinder- und Jugendhilfestatistik für Praxis, Politik und Wissenschaft (KomDat Jugendhilfe) präsentiert und kommentiert in knapper Form die wichtigsten Tendenzen der Statistik seit 1998. Sie erscheint dreimal jährlich, wird von der Dortmunder Arbeitsstelle für Kinder- und Jugendhilfestatistik im Forschungsverband DJI/Universität Dortmund veröffentlicht und richtet sich an alle in der Jugendhilfe Tätigen und an den Daten Interessierte. KomDat Jugendhilfe kann kostenfrei als Druckversion oder pdf-Datei per E-Mail bestellt werden. Bezugsadresse: komdat@fb12.uni-dortmund.de

► Ausbildung und Beruf

Mehr Männer in die Altenpflege. Die Altenhilfe ist „weiblich“. Zentrale Anforderungen des Arbeitsmarktes, berufspolitische Herausforderungen, Fragen der Gendergerechtigkeit und Identitätsprobleme junger und alter Männer in der Pflege können dann bewältigt werden, wenn es gelingt, den seit Jahrzehnten geringen Männeranteil von 10% bis 15 % signifikant zu erhöhen. In einer Expertise analysierten die Professoren Heinz Bartjes und Eckart Hammer, warum Männer im Beruf der Altenpflege kaum vertreten sind. Darauf aufbauend, mit einigen empirischen Zugängen und den Ergebnissen eines Expertenhearings entwickelten die beiden Autoren eine Fülle konkreter Ansatzpunkte, um mehr Männer für die Altenpflege zu gewinnen. Die Ideen, Modelle und Empfehlungen reichen von originellen Ansätzen in jugendlichen Peergroups über Projekte in Schulen, intergenerative Begegnungen, neue Wege der Berufsförderung bis zu konkreten Arbeitsbedingungen und Methoden der Öffentlichkeitsarbeit. Die Expertise ist zugänglich unter: www.equal-altenhilfe.de/files/Personalentwicklung/PE_08/PE_08.pdf Quelle: Mitteilung der Ev. Fachhochschule, Prof. Hammer, vom Januar 2006

In der Schweiz: Kein Abschluss ohne Anschluss. Beschäftigt man sich mit der Einführung und Ausgestaltung zweijähriger Ausbildungsberufe in Deutschland, lohnt sich ein Blick über die Landesgrenzen. Anders als in Deutschland geht es in der Schweiz nicht primär um die Erschließung eines zusätzlichen Ausbildungsplatzpotenzials, sondern um eine neue Strategie zur Qualifizierung lernschwacher Jugendlicher und Erwachsener ohne Berufsausbildung. Das neue Berufsbildungsgesetz der Schweiz sieht deshalb unter anderem die Einführung einer „berufspraktischen Bildung“ vor, die mit erheblichem pädagogischem und finanziellem Aufwand betrieben wird. Ziel dieser berufs-

praktischen Bildung mit zertifiziertem Abschluss ist der sich anschließende Übergang in den „normalen“ Lehrberuf, der schließlich mit dem „eidgenössischen Fähigkeitszeugnis“ abschließt. Möglich werden Übergänge zwischen zweijährigen, dreijährigen, betrieblichen und schulischen Ausbildungsgängen durch systematisch aufeinander abgestimmte curriculare Module. Quelle: BIBB-Forschung 1.2006

Medizinische Fachangestellte. Zum 1. August 2006 löst die Medizinische Fachangestellte den Ausbildungsberuf Arzthelferin ab. Rund 16 000 Auszubildende, die jährlich ein Ausbildungsverhältnis beginnen, sind von den Neuerungen direkt betroffen. Die beziehen sich vor allem auf das Berufsbild und den Ausbildungrahmenplan, der die verbindlichen Lern- und Ausbildungsinhalte festschreibt. Beispielsweise erhalten Kommunikation sowie Patientenorientierung, Gesundheitsförderung und Prävention einen deutlich höheren Stellenwert. Das Thema Qualitätsmanagement wurde wie auch Information, Dokumentation und Datenschutz zu expliziten Lerninhalten. Quelle: Berliner Ärzteblatt 12.2005

Masterstudiengang Systemische Sozialarbeit. An der Hochschule Merseburg beginnt im Herbst 2006 der berufsbegleitende Masterstudiengang Systemische Sozialarbeit. Erstmals gibt es damit ein Weiterbildungsangebot, das sich ausdrücklich auf den komplexen Bereich der gesamten Sozialarbeit und nicht „nur“ auf Therapie und Beratung bezieht. Systemische Konzepte eignen sich in besonderer Weise, indem sie auf Perspektiven, Kontext und Kooperation, auf Ressourcen und Aufträge, auf Respekt und Lösungen der Klientel theoretisch und praktisch-methodisch fokussieren. Der Studiengang richtet sich an Sozialarbeiter und Sozialarbeiterinnen in der Praxis, er soll umfassende theoretische Kenntnisse ebenso wie den Erwerb praxisbezogener Kompetenzen und Qualifikationen für Leitungskräfte bieten. Der Studiengang ist akkreditiert, sein Abschluss eröffnet den Zugang zum Höheren Dienst und berechtigt zur Promotion. Am 28. April 2006 findet dazu eine Veranstaltung statt. Information: Hochschule Merseburg, Fachbereich Soziale Arbeit, Medien, Kultur, Prof. Herwig-Lempp, Geusaer Straße, 06217 Merseburg
E-Mail: masterstudiengang@systemische-sozialarbeit.de

Gemeindebezogene Gesundheitsförderung. Die Hochschule Magdeburg-Stendal (FH) bietet in Zusammenarbeit mit dem Kooperationsverbund Hochschulen für Gesundheit e.V. ein berufsbegleitendes Studium an. Es ist ein auf Medien gestütztes Fernstudium mit regelmäßigen, zweitägigen Präsenzphasen in Magdeburg und endet mit einem Zertifikat für den Bereich kommunales Gesundheitsmanagement. Studienbeginn ist der 15. Februar 2006. Information: Hochschule Magdeburg-Stendal (FH), Fachbereich Sozial- und Gesundheitswesen, Brandenburger Str. 9, 39104 Magdeburg, E-Mail: ggf@hs-magdeburg.de

Tagungskalender

2.-4.3.2006 Bonn. SIETAR Deutschland Symposium 2006: Interkulturelle Arbeitsfelder in Deutschland – Herausforderungen und Lösungsansätze. Information: SIETAR Deutschland e.V., Frau Hofmann, Postfach 31 04 16, 68264 Mannheim, www.sietar-deutschland.de

9.-11.3.2006 Heidelberg. Wichern-Kongress: Wichern – Erbe und Aufgabe. Information: Diakoniewissenschaftliches Institut der Universität Heidelberg, Chr. Oelschlägel, Karlstr. 16, 69117 Heidelberg, Tel.: 062 21/54 33 37, Fax: 062 21/54 33 80
E-Mail: christian.oelschlaegel@dwi.uni-heidelberg.de

16.-17.3.2006 Berlin. AGJ-Fachtagung: Interkulturelle Kompetenz sozialpädagogischer Dienste und erzieherischer Helfen – Wirklichkeit und Anspruch. Information: Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe, Mühlendamm 3, 10178 Berlin, Tel.: 030/400 40-214, Fax: 030/400 40-232
E-Mail: Martina.Strauss@agj.de

24.-25.3.2006 Bregenz/Lochau am Bodensee. Fachtagung: Die Kunst gelingender Kooperation. Supervision und Coaching. Information: Schloss Hofen, Zentrum für Wissenschaft und Weiterbildung, Kirchstr. 38, A-6900 Bregenz

3.-5.5.2006 Heidelberg. Kongress: Wirksame Therapie! Wissenschaftlich fundierte Suchtbehandlung. Information: Fachverband Sucht e.V., Ursula Reingen, Walramstr. 3, 53175 Bonn, Tel.: 02 28/26 15 55, Fax: 02 28/21 58 85
E-Mail: u.reingen@sucht.de

8.-9.5.2006 Nürnberg. Kongress: Deutscher Präventionsstag. Information: DPT – Deutscher Präventionstag, Am Waterlooplatz 5 A, 30169 Hannover, Tel.: 05 11/235 49 49, Fax: 05 11/235 49 50, E-Mail: dpt@praeventionstag.de

19.-20.5.2006 Dresden. Tagung: Was gibt's denn da zu lachen? Humor in der Sozialen Arbeit! Information: Deutsche Gesellschaft für Sozialarbeit, Postfach 11 29, 74370 Sersheim, Tel.: 070 42/39 58, Fax: 070 42/81 55 40
E-Mail: info@dgsinfo.de

19.-20.5.2006 Stuttgart. Fachtagung: Bildung, Schule und Bürgerengagement. Information: Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement, Birger Hartnuss, Michaelkirchstr. 17-18, 10179 Berlin, Tel.: 030/629 80-0
E-Mail: birger.hartnuss@b-b-e.de

24.-27.5.2006 Bielefeld-Sennestadt. Jahrestagung der Gilde Soziale Arbeit e.V.: Kinder haften für die Gesellschaft – Soziale Arbeit zwischen Innovation und Restriktion. Information: Gildesoziale@aol.com